Wir Arbeiterstudenten der ersten Stunde hatten die Verpflichtung, viel und zielstrebig zu lernen, um aktiv am gesellschaftlichen Neuaufbau teilnehmen zu können

Genosse ERICH SCHADE: Nach dem Aufruf „Arbeiterstudenten auf die Universität" im Jahre 1946 nahm er über die „Begabtenprüfung" das Studium der Wirtschaftswissenschaften auf

Nach der Zerschlagung des Faschismus durch die sowjetische Armee im Verbund mit ihren Alliierten stand vor den antifaschistischen Kräften unter anderem die Aufgabe, ein neues, dem demokratischen Neuaufbau dienendes Bildungswesen zu schaffen.

Im Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 heißt es u. a.: „Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat." Für die Universitäten und Hochschulen bedeutete das, der Forschung, Lehre und Erziehung neue, demokratische und fortschrittliche Inhalte zu geben. Aber nicht nur das: Die Überwindung des bürgerlichen Bildungsprivilegs erforderte, auch aus dem werktätigen Volk stammende, der antifaschistischen Ordnung verpflichtete Studenten an den Universitäten zu immatrikulieren.

„Arbeiterstudenten auf die Universität"

Am 3. Februar 1946 veröffentlichte die „Sächsische Volkszeitung" einen Aufruf der beiden Arbeiterparteien, der anderen Blockparteien und der Gewerkschaften „Arbeiterstudenten auf die Universität!", der als Wege zur Aufnahme eines Studiums „die Arbeiterfakultät, die vor Beginn des Universitätsstudiums das nötige geistige Wissen vermitteln wird" und die „Begabtenprüfung, die die allgemeine Reife zum Besuch der Vorlesung feststellen soll", nannte. Wollte ich mich ursprünglich als Neulehrer bewerben, änderte sich nach dem Aufruf zum Arbeiterstudium mein Ansinnen, und ich bewarb mich um die Zulassung zum Studium bei der Abteilung Volksbildung beim Rat der Stadt Leipzig.

Die Genossen Dr. Herbert Schaller und Rosemarie Sacke-Gaudig führten persönliche Gespräche mit uns Bewerbern durch und trafen eine Vorauswahl. Ende Februar 1946 erhielt ich eine Aufforderung, am 1. März zu einer Aussprache in die ehemalige Handelshochschule in die Ritterstraße zu kommen. Dr. Schaller erklärte den Sinn unserer Zukunft und ihren Charakter und die Anforderungen an ein Hochschulstudium. Er informierte uns, daß anschließend individuelle Aussprachen als Teil der Begabtenprüfung durchgeführt werden. Im gleichen Raum, Hörsaal 4, mußten wir eine dreistündige schriftliche Arbeit abfassen. Die Begabtenprüfung wurde ohne Vorbereitung durchgeführt. Ich wurde von Genossen Dr. Schaller und Prof. Menz geprüft. Ich weiß noch, daß Prof. Menz mich u. a. nach Anbaugebieten von Baumwolle in der Welt gefragt hat. Er ergänzte meine Antwort mit dem Hinweis, daß auch in der Sowjetunion Baumwolle angebaut wird. Die Prüfungsgespräche dauerten mehrere Stunden. Ihr Inhalt waren politische, historische und volkswirtschaftliche Probleme. Nach einigen Tagen erhielt ich von der Abteilung Volksbildung die Mitteilung, daß ich die Begabtenprüfung bestanden hatte und das Studium an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät aufnehmen könnte.

Ich war mir bewußt, daß ein Hochschulstudium für mich ein gewisses Wagnis war. Vor 20 Jahren, 1926, hatte ich die achtklassige Volksschule verlassen und als Schriftsetzer vier Jahre die Buchdruckerlehranstalt besucht. 1931 nahm ich an einem neunmonatigen Lehrgang an einer Heimvolkshochschule teil. Ganz sicher, ob ich mit dieser Vorbildung mit Erfolg ein Studium der Wirtschaftswissenschaften absolvieren könnte, war ich mir nicht.

Unmittelbar nach der Neueröffnung begann unser Studium

Wir waren etwa 80 Arbeiterstudenten, die am 1. und 7. März 1946 die Begabtenprüfung ablegten. Mit 35 Jahren war ich einer der ältesten. Die meisten von uns, etwa 25, wollten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studieren, 12 Jura. Aber auch Bewerber für ein Studium der Medizin, der Biologie, der Mathematik/Physik, der Philosophie oder Theologie gab es.

Die Motivation für die Bewerbung zum Studium war sicher bei den einzelnen sehr unterschiedlich. Nur wenige von uns waren bereits politisch organisiert und sahen im Studium eine gesellschaftliche Verpflichtung. Als eine besondere Interessengruppe der Arbeiterstudenten blieben wir bis Ende des Semesters 1946 eine gewisse organisatorische Einheit.

Ich wurde von Genossen Dr. Schaller, der uns Arbeiterstudenten seitens des Rates der Stadt Leipzig betreute, als Obmann eingesetzt. Als solcher hatte ich u. a. die Aufgabe, die Verbindung zum Rat der Stadt zu halten und organisatorische Fragen mit dem Rektorat zu klären. Denn das Studium an der Universität Leipzig war nach der demokratischen Neueröffnung im Februar 1946 bereits im vollen Gange.

Auf Anordnung der Zentralverwaltung für Volksbildung waren an allen Hochschuleinrichtungen der sowjetischen Besatzungszone die Mitglieder der Nazipartei aus dem Lehrkörper und aus den Reihen der Studierenden entfernt worden. Das schloß nicht aus, daß Teile der Studentenschaft noch mit der Nazideologie behaftet waren, oder ihr bürgerliches Bildungsprivileg in Gefahr sahen. Die Mehrzahl der Studierenden, die 1946 zur Universität zugelassen wurden, hatte ja bereits während der faschistischen Herrschaft ihr Studium begonnen. Nur sehr wenige der Studenten waren Mitglieder einer der Arbeiterparteien. Ein gewisser reaktionärer Teil der Studierenden sah in uns Arbeiterstudenten den Klassengegner. Durch Überheblichkeit, Verweigerung von Unterstützung bei der Orientierung im Studienbetrieb, durch Fehlinformationen über Lehrveranstaltungen, Sitzplatzverweigerungen und durch Anrempeleien zeigten sie ihre feindselige Einstellung. So gab es oftmals Auseinandersetzungen in den Hörsälen und auf den Korridoren. In der Einstellung zur sowjetischen Besatzungsmacht und zur Entwicklung in den Westzonen unterschieden sich die Geister der Studierenden. Noch belastet vom bürgerlichen Bildungsprivileg und von reaktionären Klasseninteressen bei einem Teil des Lehrkörpers und der Universitätsleitung wurde das Arbeiterstudium abgelehnt.

Politisch bewußt dem demokratischen Neuaufbau verbunden

Auf die Forderung der Arbeiterpartei, gemäß der sozialen Zusammensetzung der Gesellschaft in der Mehrzahl Kindern aus der Arbeiterklasse das Studium zu ermöglichen, entgegnete der damalige reaktionäre Rektor Prof. Dr. Gadamer sinngemäß: „Wenn die Studentenschaft die prozentuale Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln soll, dann müßte auch eine gewisse Anzahl von Schwachsinnigen immatrikuliert werden."

Viele Angehörige des Lehrkörpers sahen im Arbeiterstudium ein Experiment und tolerierten es wohlwollend. Es gab aber auch nicht wenige Professoren, Studenten und Lehrbeauftragte, die politisch bewußt dem demokratischen Neuaufbau verbunden waren und aktiv das Arbeiterstudium unterstützten. Dabei waren die Verhältnisse an den verschiedenen Fakultäten stark differenziert.

Wir wenigen Arbeiterstudenten, die wir Mitglieder einer der beiden Arbeiterparteien waren, reihten uns in die politische Arbeit der Betriebsgruppe der Partei auf Universitätsebene ein. Wir waren uns einig über die Notwendigkeit der Vereinigung und haben aktiv dabei mitgewirkt.

Mit Prof. Fritz Behrens lehrte der erste marxistische Ökonom

Zu Beginn des Studiums im Jahre 1946 existierten für das Studium der Wirtschaftswissenschaften keine obligatorischen Studienpläne. Alle Lehrveranstaltungen wurden nach persönlichen Vorstellungen und Interessen frei gewählt. Die individuellen Studienpläne orientierten sich an den Erfordernissen der Diplomprüfung. In einigen Fächern wie Buchführung oder wirtschaftliches Rechnen und Finanzmathematik mußten Seminarscheine erworben werden. Zwischenprüfungen im Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gab es nicht. Das Selbststudium war ganz individuell. Literatur war kaum vorhanden.

Erschwerend für uns Arbeiterstudenten war, daß der Lehrbetrieb, als wir das Studium aufnahmen, bereits im vollen Gange war, und wir einen Teil des Vorlesungsstoffes nicht gehört hatten. In Sonderlehrveranstaltungen wurden wir an den Lehrstoff herangeführt. Eine große Hilfe für uns Arbeiterstudenten, die wir über die Begabtenprüfung zum Studium gelangten, war Dr. Schaller. Anhand der Durcharbeitung des Kommunistischen Manifests half er uns, wissenschaftliche Arbeitsmethoden anzueignen, mit Literatur zu arbeiten, Nachrichten anzufertigen und anderes mehr. Zu Beginn unseres Studiums waren die Seminare bei Dr. Schaller außerhalb des Studienbetriebes die erste und einzige Orientierung auf den Marxismus.

Die Hauptvorlesung für angehende Wirtschaftswissenschaftler war die von Prof. Lütge über Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Das war im wesentlichen eine „wertfreie" Darlegung verschiedener bürgerlicher Lehrmeinungen und Kategorien.

Im Verlauf des Winterhalbjahressemesters 1946 nahm Genosse Prof. Fritz Behrens seine Lehrtätigkeit an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät auf. Reaktionäre Kräfte an der Universität hatten vergeblich versucht, das zu verhindern. Es zeugt von der politisch-ideologischen Situation unter dem Lehrkörper und den Studenten, daß Genosse Prof. Behrens zu seiner ersten Vorlesung zum Thema „Theorie und Geschichte der politischen Ökonomie" vom Kreissekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Ernst Lohagen, in den Hörsaal 2 der ehemaligen Handelshochschule in der Ritterstraße geleitet wurde. Die Autorität der Partei war notwendig, um der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie den ihr gebührenden Platz in der Ausbildung von Wirtschaftskadern zu verschaffen. Mit den Vorlesungen und Seminaren von Prof. Behrens erhielt das Arbeiterstudium seinen eigentlichen Sinn, Wirtschaftskader für den demokratischen Neuaufbau auszubilden, die den Interessen des werktätigen Volkes eng verbunden waren.

Es waren vor allem die Arbeiterstudenten, die bei ihm ihre wirtschaftswissenschaftliche Bildung und marxistische Erziehung suchten und fanden.

Genosse Prof. Behrens übte einen außerordentlich großen Einfluß auf uns Arbeiterstudenten aus. Parteilich, kämpferisch und mit zwingender Logik war er ein begeisternder Hochschullehrer.

Soweit ich es überblicke, haben eine große Anzahl ehemaliger Arbeiterstudenten, die über eine Begabtenprüfung zum Studium der Wirtschaftswissenschaften zugelassen wurden, promoviert, und wenigstens fünf davon wurden später zu Professoren berufen. Der Weg, Arbeiterstudenten über eine Begabtenprüfung den Zugang zum Hochschulstudium zu eröffnen, hat sich in der Praxis als richtig und erfolgreich erwiesen.

Als die demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone den Aufruf „Arbeiterstudenten auf die Universität!" erließen, war ihnen klar, daß allein über die Ablegung von Begabtenprüfungen die Berechtigung des Studiums zu erlangen (wie es bei uns der Fall war), den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht gerecht werden konnte. Als zweiten Weg, der zum Universitätsstudium der Arbeiterkinder führen sollte, hieß es im Aufruf, daß die Arbeiterfakultät den künftigen Arbeiterstudenten die notwendigen Kenntnisse vermitteln solle, um sie an das eigentliche Studium heranzuführen.

„Vosta" bildete wichtige Säule in der antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform

Im Rahmen des Aufbaues der Vorstudienanstalt an der Universität Leipzig wurde im Herbst 1946 der erste Vorbereitungslehrgang für das Arbeiterstudium eröffnet. Die Feierstunde fand in der Löhrstraße statt. Die Eröffnungsrede hielt der Stadtrat für Volksbildung und Kultur, Helmut Holtzhauer.

Ich hatte die Aufgabe, die Kursanten im Namen der bereits immatrikulierten Arbeiterstudenten zu begrüßen. Sinngemäß brachte ich zum Ausdruck, daß wir als Arbeiterstudenten die Verpflichtung haben, uns zu wissenschaftlichen Leistungen zu befähigen, um aktiv am gesellschaftlichen Neuaufbau teilnehmen zu können und den Einfluß reaktionärer Kräfte unter den Studenten zurückzudrängen.

Durch unsere Teilnahme für ein neues, demokratisches und antifaschistisches Deutschland wollten wir uns bewußt unterscheiden von der reaktionären und faschistischen Studentenschaft in der Geschichte Deutschlands, die wesentlich dazu beigetragen hat, das deutsche Volk in Not und Elend zu stürzen und seinen Namen in der Welt mit Schimpf und Schande zu bedecken.

Mit der Gründung der Vorstudienanstalt (Vosta) war die Einführung des Arbeiterstudiums an der Universität in eine neue, höhere Etappe eingetreten und sie hatte entscheidenden Anteil an der Durchsetzung der antifaschistisch-demokratischen Bildungsreform und letztlich an der sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens.

Unser Autor, Genosse Prof. Schade, kurz vorgestellt:

1911 in einer klassenbewußten Arbeiterfamilie geboren

1918 bis 1926 Besuch der Volksschule

1926 Mitglied der SAJ

1926 bis 1930 Lehre als Schriftsetzer

1928 Mitglied der SPD

1930 bis 1935 arbeitslos

1935 Verhaftung wegen staatsfeindlicher Betätigung

1935/36 KZ Sachsenburg

1937 bis 1940 Bauarbeiter

1941 bis 1945 Wehrmacht

1946 Begabtenprüfung zum Arbeiterstudium

1946 bis 1949 Studium der Wirtschaftswissenschaften

1949 bis 1951 Geschäftsführender Oberassistent am Planökonomischen Institut in Leipzig

1951 Übernahme ins Grundstudium Marxismus-Leninismus

1952 Wahrnehmung einer Dozentur für Politische Ökonomie

1957 Promotion Dr. rer. pol.

1958 Berufung zum Dozenten für Politische Ökonomie

1958 bis 1961 Prodekan an der Landwirtschaftlichen Fakultät

1951 bis 1961 Leiter der Abteilung Marxismus-Leninismus an der Landwirtschaftlichen Fakultät

1969 Berufung zum außerordentlichen Professor

Für sein langjähriges, verdienstvolles Wirken erhielt Genosse Schade hohe Auszeichnungen, u. a.

die Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus",

die Ehrennadel der KMU,

1971 die Verdienstmedaille der DDR,

1974 den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze,

1983 die Wilhelm-Kirchner-Plakette der Sektion TV.

Vier Jahrzehnte Freundschaft mit der Sowjetunion

Vier Jahrzehnte fruchtbare und enge Zusammenarbeit mit der Sowjetwissenschaft (Teil II)

In der Grußadresse des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, zur 575. Wiederkehr des Gründungstages unserer Leipziger Universität heißt es: „Die Zerschlagung des Hitlerregimes durch die ruhmreiche Sowjetarmee öffnete auch der Leipziger Universität den Weg zu einer wahren Volksuniversität."

Von den ersten finanziellen Mitteln in Höhe von 500 000 Mark zur Schaffung von Kranken-, Labor-, Behandlungs- und Arbeitsräumen über solch wegbereitende Befehle, wie die Aufnahme des Lehrbetriebes an der Universität Leipzig (15. 1. 1946), die Eröffnung der Leipziger Bibliothek (7. 9. 1945), der Verordnung über die Einrichtung von Vorstudienanstalten für Arbeiter- und Bauernkinder (Landesverwaltung Sachsen, 12. 2. 1946) und die Gründung der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät (15. 4. 1947), der kameradschaftlichen Hilfe durch Vertreter der Sowjetwissenschaft in den ersten Jahren der jungen Republik bis zur heutigen Wissenschaftskooperation zum Vorwärtsschreiten unserer Bruderländer führt ein gerader Weg der Freundschaft.

Waren die Wissenschaftler der Leipziger Universität auch in den ersten Jahren nach der demokratischen Neueröffnung, nach der Gründung der DDR im wesentlichen Nehmende, so taten sie alles dafür, um sich als kooperationsfähiger Partner zu entwickeln. Die Universitätsparteiorganisation stellte dabei in ihrer ideologischen Arbeit in den Vordergrund, daß die Sowjetwissenschaft in vielen Wissenschaftszweigen Weltbeststand verkörpert und daß Kooperationsfähigkeit einschließt, selbst wissenschaftlichen Neuwert beizutragen, daß man die Sowjetwissenschaft kennen und natürlich die russische Sprache beherrschen muß.

Prof. Harig schrieb nach Beendigung einer Reise in die Sowjetunion im Juni 1951: Es ist „kein Zufall, sondern eine historische Notwendigkeit, daß sich mit dem Zentrum des gesellschaftlichen auch das Zentrum des wissenschaftlichen Fortschritts, im Weltmaßstab gesehen, nach Osten verlagert hat."

Am 26. November 1954 fand zum ersten Mal in der Geschichte der Leipziger Universität ein „Tag der sowjetischen Wissenschaft" statt.

Höhepunkt in der Entwicklung der Zusammenarbeit der Karl-Marx-Universität mit der Sowjetwissenschaft war der Vertragsabschluß mit der Leningrader Staatlichen Shdanow-Universität am 9. Juni 1959. Genosse H.-J. Böhme, der damalige 1. Sekretär der Universitätsparteileitung und heutige Minister für Hoch- und Fachschulwesen, der zum Jahreswechsel 1959/60 in Leningrad weilte und dort gemeinsam mit dem Parteikomitee der Universität über die Ausgestaltung der Beziehungen beriet, schätzte ein: „... daß die Verbindungen für die Lehre und Forschung in Leningrad und Leipzig von großem Nutzen sind".

Diese Einschätzung bestärkte die Universität darin, zu weiteren Universitäten der Sowjetunion Partnerschaftsbeziehungen aufzunehmen. Es entstand der Vorschlag, ein Vertragswerk über wissenschaftliche Beziehungen der Karl-Marx-Universität mit wissenschaftlichen Einrichtungen sozialistischer Länder abzuschließen.

Nach dem bereits vom Februar bis August 1962 der erste studentische wissenschaftliche Wettbewerb unter dem Rahmenthema: „Neue Ergebnisse bei der schöpferischen Auswertung der Sowjetwissenschaft und ihre Bedeutung für das jeweilige Studiengebiet sowie für die sozialistische Praxis" stattgefunden hatte und daran gegangen wurde, die Zusammenarbeit der Universitäten Leipzig und Leningrad stärker in Verantwortung der Institute bzw. Fakultäten zu legen sowie gemeinsame wissenschaftliche Arbeiten (Lehrbuch „Geschichte der Philosophie", Monographie zu Fragen des staatsmonopolitischen Kapitalismus) entstanden waren, kam es Mitte der sechziger Jahre zu zahlreichen weiteren Vertragsabschlüssen.

In den Perspektivplänen, Forschungsvorhaben und Ausbildungsprogrammen der Institute bzw. Fakultäten tauchten in immer stärkerem Maße Wünsche auf Einbeziehung von Wissenschaftlern der Partneruniversitäten zur Realisierung der Planaufgaben auf. Im Ergebnis gemeinsamer langjähriger und intensiver Zusammenarbeit von Prof. Tulpanow (Leningrad) und Prof. Heinze (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der KMU) entstand ein Sammelband wissenschaftlicher Aufsätze unter dem Titel: „Karl Marx, Das Kapital – Erbe und Verpflichtung" (1967). Eine langjährige intensive Zusammenarbeit bestand auch zwischen den Physikern, Philosophen, Journalisten, Juristen, Historikern, Chemikern und Wissenschaftlern anderer Disziplinen. Einen immer größeren Platz eroberte sich der Studentenaustausch, der nicht nur die vollständige Ausbildung, sondern vor allem auch Praktika an den Partneruniversitäten umfaßte.

Die ideologisch-theoretische Arbeit an der Karl-Marx-Universität im Studienjahr 1969/70 wurde durch den 100. Geburtstag Lenins, den 20. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und den 25. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus bestimmt, so z. B. die VI. Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler der KMU. Es entstanden eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Publikationen, so z. B. die von den Professoren A. Heinze und S. I. Tulpanow herausgegebene Sammlung von Aufsätzen Leipziger und Leningrader Wissenschaftler „Lenins Lehre lebt".

MANFRED WOLFF

Doz. G. J. Patent, ehemaliger Offizier der SMAD: Für sein unvergessenes Wirken bei der Propagierung der Weltanschauung der Arbeiterklasse in den Jahren 1946 bis 1949 an der Leipziger Universität wurde er 1976 mit der Ehrenmedaille der KMU geehrt. Foto: UZ/Archiv